

Die Praxis bewies aber vielfach, daß unsere Bürger bereits eine hohe Meinung von den Pflichten eines Abgeordneten haben und solches oberflächliche Verfahren ernsthaft kritisierten, und das mit Recht. Das mußten zum Beispiel drei Stadtbezirksabgeordnete der Wirkungsbereiche 234, 235 und 236 in Dresden erfahren, wo die Wiederholung der Rechenschaftslegung gefordert wurde. Auf diese Weise nahmen die Werktätigen hier aktiven Einfluß auf die Tätigkeit und das Auftreten der Abgeordneten und bewiesen, wie ernst es ihnen damit ist, ein richtiges Verhältnis zwischen ihnen und ihrer Volksvertretung herzustellen. Die Einwohner dieser Wirkungsbereiche ließen sich ihr staatsbürgerliches Recht nicht nehmen, gewissenhaft über die Arbeit ihrer Volksvertretung informiert zu werden, denn das ist die Voraussetzung für die eigene aktive Teilnahme an der Erfüllung der verschiedenen staatlichen Aufgaben.

\*

In Westdeutschland beklagen sich die Verteidiger des reaktionären Adenauerregimes immer wieder darüber, daß es eine „Vertrauenskrise“ zwischen Staat und Volk gäbe, daß die Bevölkerung den Maßnahmen der Staatsgewalt mit ständig steigendem Mißtrauen begegne, daß sich „eine Mauer“ zwischen Staat und Volk erhebe. Wen wundert das? Durch wen wird denn in Westdeutschland die Staatsmacht repräsentiert? Etwa durch die Vertreter des Volkes? Die Bonner Regierung und ihre Trabanten stellen doch alles andere als eine Repräsentation des Volkes dar. Ihre Maßnahmen sind alles andere, nur nicht der Ausdruck des Willens des Volkes. Die von der Bonner Regierung vertretenen Interessen der Monopole, der Rüstungsindustriellen, der Militaristen und Kriegsverbrecher sind den Interessen der friedliebenden überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung diametral entgegengesetzt. Die „Vertrauenskrise“, über die man in der adenauerhörigen Presse jammert, ist also nichts anderes als der Ausdruck dafür, daß die mit Wahl Versprechungen betrogene Mehrheit des Volkes immer mehr erkennt: die meisten Abgeordneten sind keine Volksvertreter, sondern Helfershelfer der Volksverderber.

Eine Staatsgewalt, die dem Volke nach und nach alle Rechte sogar der bürgerlichen Formaldemokratie entreißt, die jede fortschrittliche Regung mit Polizei und Gefängnis verfolgt, die die Kommunistische Partei und fortschrittliche Massenorganisationen, wie die FDJ, den DFD usw., verbietet und ihre Anhänger unter Ausnahmerecht stellt, die die trotz ausgekochter Wahlarithmetik errungenen Parlamentsmandate der KPD nach dem Vorbild von 1933 einfach kassiert — eine solche Staatsgewalt errichtet eben eine Mauer zwischen sich und dem Volke. Eine Staatsgewalt, die ihre Aufgabe nicht darin sieht, dem Wohlergehen der Bürger zu dienen, den Frieden zu sichern und gute Beziehungen zu den Nachbarvölkern zu unterhalten, sondern ihre ganzen Anstrengungen darauf richtet, sich auf eine gewaltsame Revision der geschichtlichen Entscheidung von 1945 vorzubereiten, eine solche Staatsgewalt ist mit Recht Gegenstand höchsten Mißtrauens der breiten Volksmassen, die eine solche abenteuerliche Politik ablehnen, weil sie letzten Endes deren Opfer sein würden. Das Liebeswerben um das Vertrauen des Volkes erweist sich also als nichts anderes als das zum Scheitern verurteilte Bemühen des Adenauerklüngels, den Volksmassen den Blick für die eigenen Interessen zu vernebeln und sie durch betrügerische Reden vor den Karren der Bonner Atomkriegsstrategen zu spannen.